

Buchloer Hofnarr



Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität

Ausgabe 184 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 07.03.2025

Jetzt auch noch das!

Das Unverständnis ist bei Empfängern und Lieferanten groß. Die kostenfreien Lieferungen von Bio-Obst und -Gemüse an Kindergärten und Grundschulen sind ohne große Vorankündigung drastisch reduziert worden. Die bayerische Staatsregierung muss sich öffentlich rechtfertigen, warum sie die Mittel dafür, nach einem Rückgang der EU-Mittel, nicht aufstockt. Warum muss sich die Staatsregierung rechtfertigen, dass sie nicht das Obst für Kinder im Kindergarten und der Grundschule bezahlt? Die Versorgung der Kinder mit Nahrung ist ein elementarer Bestandteil der Elternpflicht! Auch dafür gibt es Kindergeld!

Dass die Lieferanten des Obstes jammern ist klar, denn sie verdienen weniger und müssen sich für ihr Obst neue Kundschaft auf dem freien Markt suchen. Dass sie allerdings die Kinder vorschoben „Mit den Kürzungen wird dieses erfolgreiche Projekt geschwächt – und das in einer Zeit, in der gesunde Ernährung und Umweltbewusstsein schon bei den Kleinsten wichtiger sind denn je.“ ist schon echt dreist. Gesunde Ernährung ist zuallererst Elternsache. Für Umwelterziehung muss nicht die Allgemeinheit das Obst für Kinder zahlen. Umwelterziehung geht auch anders.

Auch das die Kürzungen vor allem Kinder aus Familien trafen, in denen gesunde Ernährung nicht selbstverständlich ist, ist eine Erfindung der Bio-Kisten-Anbieter, den in den belieferten Einrichtungen wird nicht nach der Herkunft der Kinder unterschieden.

Der Staat soll sparen – aber bitte nicht bei mir! Diesen Satz lese ich aus den Klagen der Anbieter, Einrichtungen und Eltern.

Das Anspruchsdenken an die staatlichen Stellen wird immer höher, obwohl gleichzeitig die Staatsverdrossenheit zunimmt. Kein Bock auf Staat? Dann lehnt gefälligst auch den Nanny – Staat ab, der sich um alles kümmert und bezahlen soll.



Bildquelle: bio-obstkorb.at

Echt blöd!

Da gibt es schon wieder ein Auto – Attentat, diesmal in Mannheim, und dann war der Täter kein Muslim, kein Asylbewerber und nicht mal ein Ausländer, sondern ein 40-jähriger Deutscher.

Wer ist dann schuld am Tod von zwei Menschen und einigen Verletzten? Bisher war die Ampelregierung bei solchen Attentaten in der öffentlichen Wahrnehmung und nach den Äußerungen von CDU, CSU und AfD verantwortlich. Eigentlich müssten diese Hetzer jetzt die Ausweisung aller Deutschen fordern, damit so etwas nicht wieder vorkommt. Sicherheitshalber wird jetzt schon verbreitet, dass beim Täter wohl Anhaltspunkte für eine psychische Erkrankung vorlägen. Natürlich! Wenn ein Bio-Deutscher Amok läuft ist er krank, ein Muslim und / oder Ausländer ist grundsätzlich ein Terrorist und nie psychisch krank, denn das passt nicht ins deutsche Weltbild.

CDU, CSU und AfD sollten auf jeden Fall die Abschiebung aller psychisch Kranken fordern – sicherheitshalber! Übrigens: Auf die Idee, die Täter als die Verantwortlichen für Verbrechen zu bezeichnen, kommt in der Politik oder Presse kaum mehr jemand.

Trump

spielt hier keine Rolle, denn um die USA wird auf seinen Befehl gerade eine „Mauer“ erbaut und das ist gut so. Denn aus einem Land, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung einen verurteilten Verbrecher und Lügner und Erpresser und Narzissten zum Präsidenten wählt, sollte auch niemand mehr ausreisen können. Nun liegt es an allen anderen Ländern, diese Mauer zu akzeptieren und zu stärken. Deswegen: Einreisebeschränkungen auch an europäischen Flughäfen für USA – ler.

Neue Regierung!

Die kleinste „Große Koalition“ aller Zeiten will Deutschland retten. Die viertstärkste Wirtschaftsmacht der Erde muss zuallererst aufhören, das Land kaputtzureden. Der DAX stürmt im Monatsrhythmus zu neuen Rekorden (weil es den Betrieben so schlecht geht, steigt der Wert der Aktien?), Autobauer jammern, weil der Gewinn von 19 auf 14 Milliarden zurückgeht (jammern auf höchstem Niveau), die Landwirte hatten zwei Jahre mit Rekorderkommen und geben sich immer noch als die ärmste Berufsgruppe Deutschlands (mit dem meisten Grundbesitz), die Gastronomen haben ausgebuchte Lokale und verdienen angeblich trotzdem nichts. Diese Liste lässt sich beliebig fortsetzen.

Es gilt: Wenn alle jammern, dann geht es allen gleich und dann ist es gerecht!

Wie soll die neue Regierung regieren?

Regel Nummer 1: Alle für Deutschland wirklich wichtigen Reformen in den ersten hundert Tagen beschließen und umsetzen. Dann sind es noch ca. 1360 Tage bis zur nächsten Bundestagswahl und die Menschen haben sich an ein minimal anderes, aber nicht schlechteres, Leben gewöhnt.

Regel Nummer 2: Halte dich an Regel Nummer 1!

Regel Nummer 3: Alle Regierungsmitglieder halten sich an den vereinbarten Koalitionsvertrag. Opposition ist die Aufgabe der Nicht-Regierungsparteien.

Was ist also für die neue Regierung zu tun?

Alte Geschäftsmodelle nicht mehr politisch schützen. E-Autos gehört die Zukunft. Das Verbrenner – Aus nicht in Frage stellen. Förderung kleiner E-Autos, welche für den tägliche Gebrauch nötig sind. Schwere, große und PS-starke E-Prestige-Autos sind nicht umweltverträglich!

Ausbau von Wind- und Solarenergie als günstigste und sauberste Energiequellen. Keinerlei Förderung mehr für Atom- und Kohle- und Holz- oder Biogas-Energieerzeugung. Staatliche Anreize zur Entwicklung von Hochleistungsstromspeichern (welche dann auch auf dem Weltmarkt gut zu verkaufen sind).

Einführung eines Pflichtjahres (Wehrdienst, Zivildienst, Ökodiebst) für alle jungen Menschen nach dem Schulabschluss oder nach dem Abschluss der Lehre. Diese Einschränkung der persönlichen Freiheit ist hinzunehmen, so wie sie über Jahrzehnte von allen jungen Männern (für den Frieden und die Freiheit Deutschlands im Kalten Krieg) hingenommen werden musste.

Zügiger Aufbau einer europäischen Verteidigungsindustrie nach rein militärischen Gesichtspunkten. Reduzierung aller europäischen Waffen-, Munitions- und Fahrzeugtypen auf ein Minimum. Produktionsstätten über

ganz Europa verteilen. Schwerpunktbildung ohne nationalen „Dünkel“, z.B. Frankreich Systemführer „Flugzeuge“, Deutschland „Panzer“, Spanien „LKW“, ... Rentenreform – sofort! Die Renten dürfen nicht mehr mit den Löhnen wachsen, sondern müssen an der Inflationsrate orientiert werden. Der Rentenbezug soll nicht die Kaufkraft erhöhen, sondern diese erhalten. Dies entlastet alle Beitragszahler. Eine Rentenversicherungspflicht für alle Einkommensarten (Beitragsbemessungsgrenze abschaffen) ist schnellstens einzuführen.

Bildung zentralisieren! Die Bildungs- und Schulpolitik muss aus der Länderhoheit genommen und dem Bund unterstellt werden, damit endlich deutschlandweite Lehrpläne und einheitliche Prüfungsstandards gelten.

Und schließlich zum Schluss: **Aufhören zu Lügen** – gilt besonders für die CDU/CSU. Die Parteien, welche vor der Wahl – wider besseres Wissen, mantrahhaft erklärten, dass neue Schulden die Zukunft kommender Generationen für immer zerstören würden, um nach dem Wahlsieg ca. 1000 Milliarden neue Schulden von der alten Regierung zu fordern, müssen endlich das Hirn einschalten und die Wahrheit sagen. Fossile Energien (Autos, Heizung, ...) zerstören die Umwelt und werden immer teurer. Die einzige Alternative sind strombetriebene Techniken, deren Energie regenerativ erzeugt wurde. Cannabis ist gesundheitlich wesentlich ungefährlicher als Alkohol und Nikotin! Drogen legalisieren und das Mindestkonsumalter für alle Drogen auf 18 Jahre festlegen. Abgabe aller Drogen in „Drug-Shops“ – nicht mehr in Supermärkten. Die Wahlrechtsreform der Ampelregierung spart jeden Monat ca. 4 Millionen Euro, also ungefähr 200 Millionen Euro in 4 Jahren und muss deswegen genau so bleiben, auch wenn dadurch einige Politikeregos angefressen sind, denn die CDU/CSU verweigerte sich jahrelang jeder Wahlrechtsreform.

Einfach die notwendige Arbeit erledigen!